

Danziger Zeitung



Verantwortlicher Redakteur:
Herrn Robert und Expedition Nr. 10.

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Verantwortlicher Redakteur:
Herrn Robert und Expedition Nr. 10.

Nr. 23003.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. Sie bringt als Sonntagsbeilage die „Danziger Fabeln Blätter“ und den „Westpreussischen Land- und Hausfreund“. Das Abonnement beträgt vierteljährlich bei Abholung von der Expedition und den Abholstellen 2 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch unsere Botenfrauen 2,60 Mk., bei Abholung von der Post 2,25 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2,75 Mk. Inserate kosten für die siebenzeilige gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1898.

Der Antisemitismus und der Fall Dreyfus.

Während in Deutschland der Antisemitismus in der Politik etwas in den Hintergrund getreten ist, während er in Österreich das Parlament erobert hat und nur sehr wenig durch die Sprachenwörter zurückgedrängt wird, äußert sich der Judenthum in Frankreich zur Zeit in recht bedrohlicher Weise. Aus Paris, Nancy, Marseille u. s. f. herüber aus Algier ist über Exzesse gegen Juden und tumultuarische Auftritte, Plünderungen von Cäden, Beschimpfungen jüdischer Bürger, ja von regelrechten Straßenkämpfen fast täglich gemeldet worden. Der Fall Dreyfus ist es, der in Frankreich den seit langer Zeit glimmenden Funken in vollen Flammen hat aufschlagen lassen.

Bisher war Eduard Drumont, der Führer der glänzenden Feder des Haupt und der Held der antisemitischen Bewegung. Sein Blatt hatte durch Speculation auf die niedrigsten Instincte der Masse, durch die ansprechende Combination von Judenthum, Deutschtum und Protestantentum sich die Sympathien der niedrigsten Menge erworben und täglich predigte er den Kampf gegen die jüdisch-deutsch-protestantische Inquisition. Den großen Finanzhändlern der letzten Jahre, die Paris gesehen hat, entnahm er Jahre lang Waffens, aber endlich kam der Fall Dreyfus, den er zum Anlaß nahm, die französische Judenthümlichkeit an der Wurzel ihrer bürgerlichen Existenz, an der Gleichberechtigung zu packen.

Es ist ungemein schwer, aus dem ungeheuren Mist von Zeitungsnachrichten, die die Wahrheit über diesen Fall herauszufinden, so weit sich eben heute schon eine Wahrheit feststellen läßt, einfach gesprochen, handelt es sich um einen jüdischen Offizier, der in dem Verdacht stand, im jüdischen Dienste einer auswärtigen Macht Spionagedienste geleistet zu haben. Er wurde vor ein Kriegsgericht gestellt, in geheimer Sitzung verurteilt, gerichtet und auf eine einsame Insel geschickt, um dort sein Leben in elender Abgeschlossenheit zu verbringen.

Es war klar, daß die antisemitische Presse Material aus diesem Fall schlagen konnte. Die vornehmste Institution der Republik, das Heer, das bisher auch den Juden offen stand, hatte nun an einem jüdischen Offizier eine böse Erfahrung gemacht; was Wunder, wenn der Antisemitismus diese Unthat des Einzelnen auf die Gesamtheit übertrug und die extremsten Forderungen erhob.

Das wäre weiter nicht verwunderlich gewesen, aber mit der Verurteilung des Hauptmanns Dreyfus war der Fall Dreyfus nicht erledigt, sondern hier fing er erst an. Nach und nach sicherten Nachrichten über das eigentümliche Verfahren des Kriegsgerichts durch die Presse. Seitens Italiens und Deutschlands lagen offizielle Erklärungen vor. Dreyfus habe mit ihnen nie in Verbindung gestanden, jeder Unbefangene wird es verstehen, daß die Familie und die Freunde des Verurteilten, die

von seiner Unschuld fest überzeugt waren, alle die einzelnen Momente sammelten, um eine neue Verhandlung zu ermöglichen und mit allen gesetzlichen Mitteln die Freisprechung zu erlangen. Niemand wird gegen diese Bemühungen einen Einwand erheben. Zu diesem engeren Kreise der Dreyfus-Freunde gehörten sich dann plötzlich Männer von untadelhaftem Rufe, von unbefleckter Gesinnung und starker Unabhängigkeit wie Scheurer-Kestner, Emile Zola u. a. m. Bis hierher wird die ganze Campagne Dreyfus nur zu billigen sein.

Aber die Freunde des verurteilten Hauptmanns blieben dabei nicht stehen. Anstatt immer und immer wieder zu betonen, daß die Verurteilung und das Verfahren unrechtmäßig gewesen, erhoben sie plötzlich die Anklage gegen einen bisher unbekannten, verabschiedeten Offizier, gegen den Grafen Esterhazy-Wallin. Wenn diese Anklage auf Grund unersütterlichen Materials erfolgt wäre, dann hätten die Freunde Dreyfus' die Zustimmung der ganzen unbefangenen Welt für sich gehabt, aber das Beweismaterial gegen diesen Grafen war nicht ausreichend. Sie konnten wohl den Beweis führen, daß er ein etwas dunkler Ehrenmann war, mit zweifelhafter Vergangenheit, unsauberen Erlebnissen u. s. f., aber sie haben nicht den Beweis zu bringen vermocht, daß er und nicht Dreyfus der gefuchte Spion war. Die ganze Campagne endete nach dieser Richtung mit einer Niederlage. Mag jemand subjectiv auch von der Unschuld Dreyfus überzeugt sein, so wird er doch das ungenügend gestützte Vorgehen gegen den Grafen Esterhazy als einen fahrlässigen Fehler der Freunde Dreyfus' bezeichnen müssen.

Es begann naturgemäß hierüber eine scharfe Presseheftigkeit nicht bloß in Frankreich, sondern auch im Ausland; während ein Theil der Blätter von einem „rohen, gemeinen Justizmord“ sprach, feierte der andere die französische Justiz, die glänzend gerechtfertigt aus der Angelegenheit hervorgegangen sei. Der scharfe Ton, mit dem sich auch auswärtige Blätter für die Unschuld des Capitains ins Zeug legen, hat leider mit dazu beigetragen, den Haß in Frankreich gegen die Juden zu schüren und den abgeschmackten Glauben an eine Art „Welt Herrschaft des jüdischen Geldes“, der alle Zeitungen unterthanig seien, zu befestigen. Augenblicklich ist ja eine gewisse Ruhe eingetreten, aber daß die Flamme des Hasses neu auflodern wird, wenn der Prozeß gegen Zola beginnt, ist sehr zu befürchten. Hoffen wir, daß das Land, das zuerst den Minoritäten bürgerliche Gleichberechtigung gegeben hat, sich auch heute wiederum als das Land der Freiheit zeigt, das sich bald von dem so überaus mittelalterlich erscheinenden Judenthum emanzipiert.

Deutschland.

Deutschland, Rußland und die „Damenhände“ in der Aretsfrage.

Das Hamburger Organ des Altreligionshändlers beschäftigt sich an leitender Stelle mit den gestern

räuscht schnell und sicher jenseits dieser eisernen Pforte.

Hans, der Pferdehieb, schätzte, wie gesagt, Dietrichs Aufenthalt in seiner Kammer auf eine gute Viertelstunde, und übte, als der Jäger heraustrat, sein Ranzemerk beizubringen aus. Der Angegriffene, der sich den Ueberfall gutmütig gefallen ließ, ging sogleich darauf zur Freifrau und meldete ihr, daß er sein Hof gefallt habe, um nach der nächsten Stadt zu reiten, den Schloß zu holen, der den rothen Thurm öffnen sollte. Dies geschah, flog Dietrich in den Sattel und ritt davon. Hatte er das gethan, ohne es zu vermeiden! Doch der Mensch tappt im Dunkeln, und thut, was ihm das Beste dünkt, und Dietrich, der die Freifrau kannte, traute ihr zu, daß sie in Hülfe und Ungeduld die Thür mit der Axt sprengen ließ, und daher sollte seine Werbung sie zur Geduld vermögen, denn das mußte ja nur er allein, daß er nicht nach dem Schloß, sondern ventro à terre nach der Residenz zu seinem Herrn reiten wollte, und wenn er am Abend nicht wiederkehrte, so war schon die Nacht gewonnen und dann glaubte man ihn sicher verunglückt, ließ ihn suchen und damit nahmen die Gedanken der Freifrau vielleicht eine andere Richtung. Vielleicht! Ah, auf dieses vielleicht baute der arme Burche seinen ganzen Plan — es war eine schwankende, unsichere Grundmauer, aber er mußte sich doch nicht anders zu helfen, und in Angst und Noth galoppirte er durch den schmalen Wald seinem Ziele zu.

Die erneute Erscheinung des Jägers, diesmal ohne daß ein Dritter die Aufmerksamkeit von ihm abzog, hatte dem Gedanken der Freifrau eine andere Richtung gegeben. War er nicht der Bruder der Sege? Konnte er nicht auch von dieser verjauert worden sein, da sie mußte, wie viel er bei seinem Herrn galt? Konnte er nicht gar selbst im Besitz eines Jägers sein, der ihm die Günst seines Gebieters erhielt und vermehrte? Da hatte sie nur ihre Augen gehabt, daß sie solche Handgreiflichkeiten nicht gewahrte!

„Ich muß die Habgierigkeiten dieses Menschen durchsuchen, sonst würde ich nimmer Ruhe finden“, murmelte sie und schloste sich sogleich an, diesen Vorfall auszuführen. „Daß ich auch nicht früher daran gedacht Ludwig Christof, mein Sohn — ich selbst, wir alle sind in

auch von uns unter Vorbehalt wiedergegebenen Mittheilungen des Pariser „Temps“ über Briefe, welche die Königin von Dänemark an die Jarin-Wittve sowie an die Prinzessin von Wales geschrieben haben soll und denen zufolge die Candidatur des Prinzen Georg von Griechenland für den kaiserlichen Gouverneurposten der Ausgangspunkt einer Politik wäre, die bestimmt sei, den deutschen Einfluß in Konstantinopel zu brechen. Die „Hamb. Nachr.“ führen dazu aus:

„Wenn die Angabe des „Temps“ richtig wäre, müßte Deutschland in Konstantinopel Ziele verfolgen, mit denen die Candidatur des Prinzen Georg kollidirte. Deutschland hat aber keinerlei Interesse daran, wer auf Arete als Gouverneur eingesetzt wird. Mithin ist die Angabe des „Temps“ unbegründet. Deutschland hat nur Interesse daran, daß die Orientfragen nicht eine Entwickelung nehmen, die für den Bestand des Friedens gefährlich werden könnte. Eins der besten Mittel, dies zu verhüten, ist aber, in Fragen, die unsere eigenen Interessen und auch das deutsche Nationalgefühl nicht berühren, russischen Wünschen nach Möglichkeit entgegenzukommen. Wenn wir mit Rußland einig sind, ist jeder Versuch einer Friedensstörung nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen, während im entgegengekehrten Falle und wenn Rußland die französische Revandtschaft auch nur indirect zu ermutigen scheint, die Sache doch sehr viel unsicherer ist. Welche Stellung der Sultan zu der Candidatur des Prinzen Georg einnimmt, kann uns zunächst gleichgültig sein. Er soll bemerkt haben, daß es ihm kaum möglich werden dürfte, dem Wunsche Rußlands nachzukommen, da er die Stimmung seines Volkes berücksichtigen müsse. Wenn dies der Fall ist, so ist es jedenfalls nicht die Aufgabe der deutschen Politik, etwaigen russischen Bemühungen, den Sultan anderen Sinnes zu machen, entgegenzuarbeiten.“

Nochmals die Ergebnisse der Domänenverpachtungen.

Mit bereits darauf hingewiesen, daß die Mittheilungen über die Ergebnisse der Domänenverpachtungen in Preußen im Jahre 1897 allgemeine Schlüsse auf die Lage der Landwirthschaft ohne weiteres nicht zulassen, daß vielmehr den örtlichen Verhältnissen ein maßgebender Einfluß auf die Verpachtungsresultate zuerkannt werden muß. Eine Thatsache allgemeiner Natur läßt sich indessen aus den vom Landwirtschaftsminister mitgetheilten Zahlen folgern. Freilich ist es dabei notwendig, die Nachweisungen, welche die Pachtjense aus der vorliegenden Pachtperiode enthalten, in Betracht zu ziehen. Geht es, so ergibt sich, daß in den allermeisten Fällen die letzte Pachtperiode, die mit ganz geringen Ausnahmen bei den in Rede stehenden Domänen von 1879 bis 1897 währte, im Vergleich zu der vorliegenden Periode eine außerordentlich hohe Steigerung der Pachtjense aufzuweisen hatte. Die bis Ende der achtziger Jahre andauernde Preissteigerung bei den landwirthschaftlichen Erzeugnissen hatte, schreibt die „Nationallib. Corr.“, mit der Erhöhung

der Grundrente auch eine starke Steigerung des Verkaufswertes der Güter zur Folge, die oft weit über den wirklichen Ertragswerth hinausging, da bei dem Verkauf beim Ankauf die Erwartung einer Fortsetzung der Ertragssteigerung als preissteigerndes Moment mitwirkte. Dazu kamen damals gerade die Erwartungen auf die Wirkung der Getreidezölle, Selbstverständlich machten sich diese Umstände ebenso gut wie bei Veräufungen auch bei Verpachtungen geltend. So erklärt es sich denn, daß jumeist die im Jahre 1879 erfolgten Domänenverpachtungen im Vergleich zu der abgelaufenen Pachtperiode von 1861 bis 1879 höhere Pachtjense, zum Theil das Doppelte und mehr, brachten. Um nur einige Domänen herauszugreifen, sei z. B. angeführt, daß die Domäne Pfühthal im Mansfelder Seckreis statt 18 900 Mk. 40 300 Mk. ergab, die Domäne Schladebach im Kreise Merseburg statt 11 412 Mk. 19 605 Mk., Neuboh-Stellenfleth im Kreise Rellingen statt 5650 Mk. 10 771 Mk., Wamern im Kreise Coblenz statt 4485 Mk. 8288 Mk., Merzdorf im Kreise Landsberg statt 19 052 Mk. 28 038 Mk.

Daß unter diesen Umständen ein Rückschlag eintreten mußte, sobald ein Rückgang oder auch nur ein Stillstand im Wachsthum der Reinerträge sich zeigte, ist klar. Man wird daher bei einer Vergleichung der Verpachtungsresultate für 1897 mit denen von 1879 besonders vorsichtig verfahren und den Rückgang der Pachtjense zum guten Theil auch unter dem Gesichtspunkte betrachten müssen, daß die Steigerung im Jahre 1879 eine vielfach abnorme gewesen ist. Der jetzige Rückgang verliert viel von seiner Bedeutung, wenn man sieht, daß die jetzt erzielten Pachtjense sich in den meisten Fällen auf der Höhe derjenigen der vorliegenden Pachtperiode halten, zum Theil noch darüber hinausgehen.

Berlin, 28. Jan. Im Gegensatz zu der Mittheilung des „Vormärts“ über den Zeitpunkt für die Neuwahlen zum Reichstage und zum Abgeordnetenhaus hat die „Post“ ihre schon vor Monaten aufgestellte Behauptung wiederholt, daß die Landtagswahlen im Frühjahr, die Reichstagswahlen aber erst im nächsten Herbst stattfinden sollen. Diese Angabe stößt doch auf erhebliche Zweifel. Das Mandat des Reichstags läuft im Juni ab. Finden die Neuwahlen erst im Herbst statt, so würde das Reich bis dahin ohne Vertretung sein, was namentlich in Zeiten, wie die gegenwärtigen, nicht unbedenklich sein würde. Auf der anderen Seite müßte das Abgeordnetenhaus, das dessen Mandat erst im Spätherbst abläuft, vor den Neuwahlen aufgelöst werden. Davon abgesehen aber liegt für die Beschleunigung der Abgeordnetenhauswahlen nicht der mindeste Anlaß vor. Auf der anderen Seite aber hat die Angabe des „Vormärts“, daß die Reichstagswahlen nicht früher als im Juli, d. h. nach Ablauf der Legislaturperiode, stattfinden sollen, die Wahrscheinlichkeit für sich. Sollten die Reichstagswahlen früher stattfinden, so müßte der Reichstag aufgelöst werden und müßte nach

Gebäuel Aber sie fürchtete sich nicht — Geister pflegen um diese Stunde nicht umzugehen, und hätten sie selbst in diesem Rufe gestanden, so hätte Frau Urraca sich nicht daran gehert, denn ihre Augen glühten brennend lichterloh. Zudem wußte sie auch mannigfache Sprüche gegen Spuk und trug ein Amulett gegen denselben bei sich, das ihr die Infantin selbst gegeben.

Der Kastellan war nicht in seinem Gemach, als sie in dasselbe trat, die Schlüssel zum westlichen Flügel zu holen, den sie schon mehrfach betreten, obwohl er von der Schlossherrschaft nicht bewohnt wurde. Sie konnte daher den Schlüsselbund vom Haken nehmen, ohne daß jemand es sah und ebenso unbemerkt gelangte sie auch durch das Schloß, da sie nicht den inneren Hof, sondern die Corridore zum Wege wählte. Einen Raum nach dem anderen aufschließend, ging sie durch die unbewohnten Zimmer, welche in Folge dessen jener eigenthümliche Geruch von Moder und Staub durchwehte, den man in alten Schlössern so oft findet und der ein böses, seltsames Gefühl mit leichtem Gruseln in uns weckt, als müßten aus den dunkeln Winkeln und Ecken die hervortreten, welche einst in diesen Räumen lebten und starben. Aber die damalige Zeit kannte nicht unsere lustigen, sonnigen und behaglichen Wohnungen, daher ging auch Frau Urraca ohne sonderliche, unheimliche Empfindung durch den öden, westlichen Flügel, durch dessen Dämmerung die Nachmittagssonne schräge Strahlen warf, denn der Tag neigte sich bereits dem Abend zu. Ihr letzter Schlüssel an dem Gebund öffnete ihr einen Saal, den sie sich nicht erinnerte, je betreten zu haben, d. h. in welchen der Freiherr sie nie geführt. Die Wände waren durchaus gefälscht, gleich der Decke in der Mitte stand ein mächtiger Tisch mit ledergepolsterten Stühlen darum, und gleiche Stühle standen an den Wänden, welche hier und da mit einem bis zur Erde reichenden Bilde geschmückt waren. Am nördlichen Ende dieses Saales war eine tiefe spitzbogige Nische, welche eine beschlagene eigene Thür umrahmte, und ein Bild durch die Fenster ins Freie belebte Frau Urraca. Sie sah sich am Eingang zum rothen Thurm befand.

(Fortsetzung folgt.)

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Die blonden Frauen von Ulmenried.

Eine Familiengeschichte aus vier Jahrhunderten

von

Ulmenried. Adlersfeld-Ballestrom.

„Ul!“ machte der Sohn des Kastellans, der als Pferdehieb fungierte, aus einer Ecke der Halle hinaus und schlug Robold bei der Dietrichs Füße, der wie versteinert auf demselben Fleck stand.

„Urraca Ulmenried heißt unsere Gebieterin, das macht zusammen „Ul!“ daß die Kinder und furchtsamen Leute davonlaufen, aber gar vor Schreck stehen bleiben.“

Eine gut gezielte Ohrfeige von Dietrichs Hand ließ den Spötter verstummen, aber er hatte den Jäger wenigstens zu sich gebracht. Auf dem Absatz umkehrend, ging er stracks in den Stall und suchte dort ein kräftiges, flinkes Thier aus, das er sich selbst sogleich fittelte.

„Ich darf keine Minute vertrödeln, jede wiegt mehr denn ein Menschenleben“, sagte er sich dabei unablässig vor.

Dann ging er hinein ins Schloß und blieb etwa eine Viertelstunde eingeregelt allein in seiner Kammer, wie Hans, der Pferdehieb konstatierte, der draußen im Corridor lauerte, um ihm durch einige wohlgemeinte Puffe die Ohrfeige von vorn zu vergelten. Die Kammer aber lag im westlichen Flügel, dicht am rothen Thurm, und als Dietrich sie verließ, da ließ er eine Füllung des eichenen Wandgetäfels mittels einer Feder in den Rahmen springen, er selbst aber ging gebückt nach einer überhöhten, geheime Treppe hinan, welche hinter der Bolsterie verborgen war. Nach kurzem Aufstieg gelangte er vor eine Thür, welche sich gleichfalls durch Feberwerk öffnen ließ und von außen ein Gemälde darstellte, das in die Wand eines großen Saales eingelassen war, der zwar möbirt, aber schon seit Jahrzehnten unbewohnt schien. Hier war in einer Nische eine schwere eichene Thür mit eisernen Beschlägen und einem seltsamen Schloß, zu dem Dietrich indeß einen ebenso seltsamen Schlüssel zu besitzen schien, denn er verstand ohne Ge-

Art. 25 der Verfassung der neue Reichstag spätestens innerhalb eines Zeitraums von 90 Tagen nach der Auflösung, also im Hochsommer, zusammenberufen werden.

[Gegen das Disciplinargesetz für die Privatdozenten] spricht sich in dem neuesten der „Preuß. Jahrb.“ Professor Delbrück aus. Auch er erklärt den Entwurf für unannehmbar, da er für die freie geistige Entwicklung unserer Zukunft große Gefahren in sich birgt. Es sei falsch, schreibt Delbrück, was die Begründung des Entwurfs sagt, daß man danach streben muß, die Disciplinarverhältnisse der Privatdozenten denjenigen der staatlich angestellten Professoren möglichst anzunähern.

„Ganz umgekehrt“ — heißt es dann weiter — „da es bei den Professoren als staatlich angestellten Beamten unumgänglich ist, daß sie unter der Disciplin eines staatlichen Disciplinarhofes stehen, trotz der Gefahren, die damit für die Freiheit der Wissenschaft verbunden sind, so ist es doppelt nötig, daß die Privatdozenten, denen nichts gegeben ist als die bloße Erlaubnis zu lehren, nicht unter eine staatliche Disciplin gestellt werden. Zu weit gehen diejenigen, die da glauben, der Privatdocent als reiner Privatmann dürfe gar keiner Disciplin unterstehen. Er hat durch die venia legendi öffentliche Rechte, folglich auch Pflichten, folglich untersteht er auch einem Richter. Die natürliche Behörde für den Privatdocenten ist keine andere als die Facultät, die ihm die venia legendi erteilt hat. Da aber der Privatdocent und einzelne Mitglieder der Facultät unter Umständen Concurrenten sind, und Brodneid oder andere Gefühlsigkeiten ihr Urtheil beeinflussen könnten, so ist nötig, daß zu weiterer Sicherung der Privatdozenten jeder Beschuß der Facultät noch einer Nachprüfung und Bestätigung, naturgemäß also der des Cultusministers bedarf. Haben diese beiden Behörden zusammengewirkt, so bedarf es einer höheren Instanz überhaupt nicht. Der vorgelegte Entwurf verlegt die definitive Entscheidung in den Disciplinarhof und das Staatsministerium. Beide Behörden sind dazu ungeeignet. Der Disciplinarhof, der gewohnt ist, über alle Arten von Beamten zu urtheilen, die ihrem Berufe nach ganz besonders verpflichtet sind, ihren Vorgesetzten zu gehorchen, kann schlechterdings nicht das tiefere Verständnis für die ganz eigenthümlichen, historisch gebildeten Verhältnisse unserer Universitäten, diesem wunderbaren Mittelringe zwischen freier Corporation und Staatsanstalt, besitzen. Das Staatsministerium aber ist eine politische Behörde und kann einmal ein reiner Parteiausschuß sein. Wird der Lauf der Dinge nicht dazu führen, daß wir in dieser oder jener Combination einmal eine scharf conservativ-clericale Regierung haben? Kann nicht ein andermal wieder eine culturkämpferisch-liberale am Ruder sein? Soll der freie Betrieb der Wissenschaft der wechselnden Leidenschaft der Parteien ausgeliefert werden?“

[Die Aerzte Deutschlands im Jahre 1897.] In der „Deutsch. Med. Wochenschr.“ giebt der Arzt und Statistiker Dr. Heymann eine Uebersicht der Ergebnisse des neuen Reichs Medizinalkalenders, welche beweisen, daß die Ueberschneidung des deutschen Arztstandes in weiterer Fortschreiten begriffen ist. Im Jahre 1897 gab es im deutschen Reich 24 873 Aerzte, 873 d. h. 8,5 Procent mehr als im Vorjahre. In Preußen waren 14 957 Aerzte, und zwar 606 mehr als im Vorjahre, das bedeutet eine Zunahme um 4,2 Procent. Von den preussischen Provinzen steht an erster Stelle mit Bezug auf die absolute Zahl der Aerzte die Rheinprovinz, an zweiter Stelle steht der Großherzogthum Berlin mit 2196 Aerzten. Die Zunahme in Berlin im letzten Jahre betrug 119 Aerzte, d. h. 5,7 Proc. Da Berlin 1887 nur 1104 Aerzte hatte, so hat sich die Zahl derselben im letzten Jahrzehnt um nicht weniger als 99 Procent vermehrt. Auf die Rheinprovinz und Berlin folgen der Reihe nach Schlesien, Brandenburg, Sachsen, Hessen-Nassau, Hannover, Westfalen, Schleswig-Holstein, Ostpreußen, Pommern, Polen und Westpreußen. Die meisten Provinzen zeigten im letzten Jahre einen zum Theil recht beträchtlichen Anstieg, eine Ausnahme Pommern und Polen. Von den preussischen Provinzen kommen auf 10 000 Einwohner in Hessen-Nassau 6—8 Aerzte, in Brandenburg, Schleswig-Holstein, Hannover, Rheinprovinz und Sachsen 4—5, in Westfalen, Pommern und Schlesien 3—4, in Ost- und Westpreußen 3, in Polen noch nicht 3 Aerzte.

[Die russischen, japanischen und deutschen Seestreitkräfte in Ostasien.] Nach der tabellarischen Aufstellung, welche der Kaiser, wie gemeldet, eigenhändig über die Seestreitkräfte Japans, Russlands und Deutschlands in Ostasien gemacht hat, haben die nachbenannten Staaten folgende Schiffe in den ostasiatischen Gewässern: Japan: 12 850 Tons, „Yahima“ 12 517, „Ischen-Yu-n“ 7335, „Mushu-shima“ 4278, „Jisulima“ 4278, „Sakidabade“ 4278, „Yoshimo“ 4216, „Jisumi“ 2967, „Nanba“ 8709, „Chipoda“ 2439, „Is-Yuen“ 2300, „Tokuhiyo“ 3709, „Arisulima“ 3105, „Suma“ 2700 Tons. Russland: „Rjurik“ 10 930 Tons, „Dimitri Donskoi“ 5796, „Admiral Nachimow“ 7782, „Admiral Kornilow“ 5030, „Wladimir Monomach“ 5750, „Rostiza“ 12 200, „Aresier“ 1334, „Aoreser“ 1213 Tons, „Oboznij“ 1492 Tons, „Wandjur“ 1224 Tons, „Gremjasschij“ 1492 Tons. Deutschland: „Kaiser“ 7676 Tons, „Deutschland“ 7676 Tons, „Kaiserin Augusta“ 6052 Tons, „Prinzess Wilhelm“ 4400 Tons, „Jrene“ 4400 Tons, „Gefion“ 4109 Tons, „Arcona“ 2373 Tons, „Cormoran“ 1640 Tons.

[Der Bund der Landwirthe unter sich.] In Hamburg-Aufel stehen sich bei der Stichwahl ein nationalliberales und ein „reines“ Mitglied des Bundes der Landwirthe gegenüber. Man sollte daher meinen, der Bund der Landwirthe werde diesem Kampf gegenüber Neutralität beobachten. Das ist jedoch nicht der Fall. Er greift vielmehr zu Gunsten des „reinen“ Mitgliedes Luche in den Streit ein und veröffentlicht ein Rundschreiben des Vorstandes an die Vertrauensmänner im Kreise, worin gegen ein Flugblatt zu Gunsten des national-liberalen Candidaten Einspruch erhoben wird. Es heißt in der Rundgebung des Vorstandes: „Wir müssen ausdrücklich bedauern, daß in diesem Wahlflugblatt in einer Form gegen die Candidatur Luche gekämpft wird, welche den Ton, der sonst unter den deutschen Landwirthen in der Führung des Wahlkreises üblich ist, gänzlich verläßt, indem es sich nicht scheut, sich über ein anderes verdienstliches Mitglied des Bundes der Landwirthe, nämlich Herrn Luche-Petershausen, in einer Weise zu äußern, welche wir wohl in den Flugblättern unserer Gegner zu finden gewohnt waren, von der wir aber glauben, daß sie aus den Flugblättern unserer Bundesmitglieder ausgeschlossen sein müsse, zumal wo es sich um Bekämpfung von im allgemeinen gleichgesinnten Personen handelt.“

Herr Luche wird dann weiter gerühmt, es wird auch hervorgehoben, daß seine Candidatur von einer Mehrheit von Vertrauensmännern aufgestellt worden sei, und dann geschlossen:

„Indem wir ausdrücklich bedauern, daß in dieser Form von Bundesmitgliedern gegen einen Mann agitiert wird, der im Interesse des Bundes der Landwirthe und des deutschen Bauernstandes Arbeit, Zeit und Mühe in reichlichem Maße aufopfert hat, heben wir hervor, daß uns ein derartiges Vorgehen von Seiten des Herrn Luche und seiner Freunde nicht bekannt geworden ist.“

Die Mitglieder des Bundes wissen nun also, was sie zu thun, und die Nationalliberalen, was sie von der Bundesleitung zu erwarten haben.

[Der Bund der Landwirthe] hat Herrn v. Mantuffel ein Vertrauensvotum dargebracht. Bekanntlich hatte der in letzter Zeit vielgenannte Herr Edmund Alapper in seiner „Deutschen Agrarzeitung“ in einem „Bund oder Mantuffel“ überschriebenen Artikel mitgetheilt, Herr v. Mantuffel habe für sein parlamentarisches Verhalten beim österreichischen Handelsvertrage später den dafür zuständigen Personen Abbitte geleistet; unter dieser Abbitte aber hatte Herr Alapper lediglich die Aeußerung verstanden, daß Herr v. Mantuffel den Abschluß der Zollverträge als einen politischen Fehler betrachtet habe, den er und seine Freunde durch ihre Abstimmung dafür gemacht hätten. Der Bund der Landwirthe hat nun Herrn v. Mantuffel mitgetheilt, daß die persönliche Zuspitzung jenes Artikels auf seine Person vom engeren Vorstand unbedingt gemißbilligt werde, und daß dieses Votum auch zur Kenntniß des Herrn Alapper gebracht. Alles das wird jetzt durch Herrn v. Mantuffel in der „Agrarzeitung“ veröffentlicht mit der Bemerkung, daß dadurch für ihn die Angelegenheit erledigt sei. Es herrscht also wieder Friede — bis zum nächsten Mal.

[Die amtliche Specialkarte von Alaschkau.] Ueber die Alaschkaukarte hat, wie gemeldet, der Staatssecretär des Auswärtigen, v. Bülow, in der Budgetcommission des Reichstages eine Anzahl Specialkarten vertheilt. Aus der Specialkarte, welche im Maßstabe von 1:400 000 gezeichnet ist, ergiebt sich, daß das an Deutschland abgetretene Land sich beschränkt auf die beiden Halbinseln, welche nördlich und südlich vom Eingang der Bucht gelegen sind, und außerdem auf die Inseln innerhalb der Bucht und die der Bucht im Meer vorgelagerten kleineren Inseln. Von den letzteren ist die größte Tolosan. Die Inseln innerhalb der Bucht heißen Potato und Chipojan. Im übrigen verbleiben die Ufer der Bucht bei China. Zum ersten Male ist auf dieser Karte auch die Ausdehnung der Zone angegeben, innerhalb deren die chinesische Regierung Neuerungen von der Zustimmung Deutschlands abhängig macht. Diese Zone hat einen Radius von 50 Kilom. Die Länge wird berechnet von den Ufern der Bucht aus. Was die auf dem Festland abgetretenen beiden Halbinseln anbelangt, so bildet die nördliche Halbinsel Coshan ein Dreieck mit der Basis nach dem offenen Meere zu. Diese Basis erstreckt sich in einer Ausdehnung von etwas über 20 Kilometern. Auch die Grenze nach dem Festlande zu mißt ungefähr 20 Kilometer, während die dritte Seite nach der Bucht 15 Kilometer Ausdehnung hat. Weit kleiner ist die abgetretene südliche Halbinsel; sie mißt ungefähr nur den vierten Theil der nördlichen Halbinsel. Ueber welche größere Ortsschaften nach der Karte anscheinend auf dem abgetretenen Gebiet nicht vorhanden. Innerhalb der fünfzig-Kilometerzone liegen die größeren Orte Alao, Isimo, Iahu-Iahong. Es münden in die Bucht zwei Flüsse, von Nordwesten und Nordosten kommend, der Alao-ho und der Nanla-ho. Der Alao-ho ist der größte Fluß, welcher in einer Entfernung von etwa 12 Kilometern von der Mündung des Iahu-ho aufnimmt und 15 Kilometer weiter nördlich den Cosh-ho. Innerhalb der Zone liegt auch der See Pimo.

* In Dessau hat der liberale Verein „Kaiser Friedrich“ den bisherigen Vertreter des Kreises, den Reichstagsabgeordneten Richard Köfke, wieder als Candidaten aufgestellt.

* München, 26. Jan. Einen kleinen Vorgesichtsmach von bevorstehenden Wahlkämpfen in Niederbayern giebt ein Artikel des dem bayerischen Bauernbundespräsidenten Wieland nachstehenden „Niederbayerischen Anzeigers“, in dem es u. a. heißt: „Die auf heute anberaumte christliche Bauern-reins-Verammlung wurde gestern Nachts durch den Impresario D. abgesetzt. 1000 Bauernbündler rückten gegen Fürstentum an; der ganze Ort war besetzt. Wälder und Dörfer waren gesungen und abgeschlachtet worden.“ Darnach wird zwischen Centrum und Bauernbund wohl bald „gerauft“ werden.

Oesterreich-Ungarn.

Graz, 28. Jan. Das eigenthümliche Benehmen eines activen Oberlieutenants verursacht in Graz große Erregung. Im Mädchenlyceum wurde für die Hintersiebenen eines der bei den Unruhen erschossenen Arbeiter gesammelt. Die Tochter des Oberlieutenants Percevic sagte, sie gebe für „die deutschen Hunde nichts; es hätten ihrer noch mehr erschossen werden sollen.“ In der nächsten Turnhalle meldete sich die Tochter des deutschösterreichischen Gemeinderaths Cleh, ihr beim Reigen die Hand zu geben. Tags darauf kam der Oberlieutenant in die Klasse und hielt eine heftige Rede an die jungen Mädchen, auch die Turnlehrerin nicht verschonend. Dabei kam er mit dem Anstaltsdirector Lorenz Aristof hart aneinander, den er zuletzt fordernde. Die Unterrichtsabtheilung befragte den Bürgermeister und forderte ihn zu den nöthigen Schritten zur Wahrung des Ansehens des Lyceums auf. Der Bürgermeister theilte mit, daß er die Untersuchung des Falles bereits eingeleitet habe.

England.

* [Was hat den Maschinenarbeitern ihr Aus-Rand gekostet?] Jetzt, wo sich der unheilvolle Streit in der englischen Maschinen-Industrie voranschleicht seinem Ende nähert, entsteht die Frage, was der siebenmonatliche industrielle Krieg gekostet hat. An ganzen waren für Kampf-mechanik 740 000 Pfd. Sterl. verfügbar. Durchschschnittlich sind wöchentlich 24 000 Pfd. Sterl. an 30 000 Unbeschäftigte ausgezahlt worden, im ganzen 720 000 Pfd. Sterl. (= 14 400 000 Mk.). Der Verlust an Löhnen betrug sich auf etwa 2 000 000 Pfd. Sterl. (= 40 000 000 Mk.). Darin ist jedoch der Verlust solcher Arbeiter, die von der Maschinen- und Schiffsbau-Industrie abhängen, nicht einbezogen.

Frankreich.

* [Les XIII. Hausbesitzer in Paris.] Am Concorde-Platz in Paris befindet sich das schloßartige Gebäude der Familie du Pleiss-Belliere.

Eine Marquise du Pleiss, gestorben im Jahre 1887, lebte den Papst zum Erben dieses Palastes ein. Nachdem die übrigen Erben vergeblich zehn Jahre wegen dieses Grundstückes, zu dem ein prachtvolles Schloß und Gut in Moreuil gehören, Prozesse geführt haben, ist nunmehr das Besitzthum Leo XIII. endgültig zugesprochen worden. Der Papst kann also, wenn er will, mitten in Paris im eigenen Palast wohnen. Besonders stolz ist auf den Wandel der alte Concierge des Hauses, der nun als Einziger in der Seinesstadt den Titel „Pfortner des Papstes“ führt.

Von der Marine.

* [Begrüßungstelegramm an den Prinzen Heinrich.] Dem Prinzen Heinrich hatte, wie das „B. Z.“ aus Konstantinopel meldet, der dortige „Deutsche Handwerkerverein“ ein Begrüßungs-Telegramm nach Port-Said geschickt, in dem dem Prinzen-Admiral und seinem Geshwader glückliche Reise nach dem fernen Osten gewünscht wurde, und das in einem Hoch auf die deutsche Flotte ausklang. Der Vorstand erhielt darauf folgendes von Suez datirte Schreiben: „Seine königliche Hoheit der Prinz Heinrich von Preußen haben das freundliche Telegramm des „Deutschen Handwerkervereins“ zu Konstantinopel richtig erhalten und lassen dem Verein seinen verbindlichen Dank für diese patriotische Aufmerksamkeit hiermit ausprechen.“

Auf höchsten Befehl
gej. Müller,
Corvetten-Capitän und persönlicher Adjutant.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Abgeordnetenhaus.

□ Berlin, 28. Januar.

(Fortsetzung aus der Abendnummer.)

Im weiteren Verlaufe der Debatte bei der Berathung des landwirthschaftlichen Etats erklärte sich Abg. Anel (nat.-lib.) gegen das Anwerberecht und befürwortete einen ausgedehnten Seuchenschutz und Unterstützung des ländlichen Fortbildungsschulwesens. Die Centrums-Abgeordneten Alse und Humann ergingen sich in allerlei Alogen über die Landwirthschaft.

Abg. Mendel-Steinfeld (cons.) kündigte eine Interpellation über die Maßregeln zur Bekämpfung der Viehseuchen an.

Abg. Gothein (freil. Vereinig.) sprach über die Wirkungen des Verbotes des Getreideterminhandels und beleuchtete die Vertheuerungspolitik der Agrarier. Der entgegengesetzte Standpunkt wurde durch den Abg. Camp (freicons.) vertreten. Auf eine Provocation des Abg. Grafen Limburg-Stirum gab der Landwirthschaftsminister Frhr. v. Hammerstein folgende bedeutungsvolle Erklärung ab:

„Die Regierung ist gewillt, bei der Entscheidung der Frage, ob und wie dem Auslande gegenüber künftig unsere Handels- und wirthschaftlichen Beziehungen zu ordnen sein mögen, die Frage in sorgfältiger und ernster Erwägung zu nehmen, wie die Interessen der Landwirthschaft bei den Verhandlungen besser gewahrt werden können und müssen als bisher.“ (Lebhafter Beifall rechts.)

Da der Minister diese Erklärung verlas, hatte man den Eindruck, daß des Grafen Limburg-Stirums Anregung bestellte Arbeit war.

Morgen steht die Fortsetzung der Berathung auf der Tagesordnung.

Reichstag.

* Berlin, 28. Januar.

Die Berathung des Etats des Reichsgesundheitsamtes füllte heute die ganze Sitzung des Reichstages aus. Es wurden Milzbrand und die sonstige Viehseuchen, ferner die Wein- und Impfsrage erörtert. Gegenüber den Wünschen der Socialdemokraten betreffend Vorbeugungsmaßregeln zum Schutze der Arbeiter in den Rothspinnereien und Pinselfabriken zeigte sich der Director des Gesundheitsamtes Köhler entgegenkommend.

In die sehr umfangreiche Debatte über die Mittel zur Bekämpfung der Maul- und Alauen-seuche traten die Abgg. Rettich (cons.), Rauch (Hosp. der Reichsp.), Graf zu Inn- und Angp-hausen (Hosp. der cons. Partei), Graf Arnim (Reichsp.), Graf Stolberg (cons.), v. Rardorf (Reichsp.), Paasche (nat.-lib.), Kruse (nat.-lib.) und Graf Hertel Bismarck (b. h. F.) ein. Die socialdemokratischen Abgg. Wurm und Haase machten ernste Bedenken dagegen geltend.

Der Director des Reichsgesundheitsamtes Köhler versicherte, die Regierung werde fortfahren auf Mittel zu sinnen, wie man der Maul- und Alauen-seuche Herr werde. Daß sie auch vor einschneidenden Maßregeln nicht zurückschrecke, beweise ihr jetziges Vorgehen gegen Schweden. Das Resultat der Forschungen des Gesundheitsamtes werde dem Reichstag in einer Denkschrift zugänglich gemacht werden. Die Versuche der Immunisirung würden fortgesetzt.

Auf das Verlangen des Abg. Preiß (Eli., b. h. F.), gegen die Weinsälschungen gesetzgeberisch einzuschreiten, machte der Staatssecretär Graf Posadowsky auf die außerordentlichen Schwierigkeiten bei der Regelung der Materie aufmerksam. Die Winzer, unter denen die schlimmsten Weinplanter sich befinden, müßten sich dann auch auf die rigoroseste Controle gefaßt machen.

Ferner erklärte gegenüber dem Abg. Reichhaus (Soc.) der Staatssecretär Graf Posadowsky, daß die Regierung an dem Impfwang nicht rütteln lasse.

Morgen steht die Fortsetzung der Berathung auf der Tagesordnung, außerdem die erste Lesung der Branntweinsteuer-Novelle.

Berlin, 28. Jan. Die Commission zur Vorberathung der Centrumsanträge auf Erlass einer Strafgesetznovelle gegen die Unsitlichkeit (lex Heinze) hat die vorgeschlagenen Abänderungen der bisherigen die Appelle betreffenden Paragraphen angenommen.

Die Ermordung des deutschen Matrosen in Tsimo.

London, 28. Jan. Ein Telegramm des „Central News“ aus Tsimo meldet folgende Einzelheiten über die Ermordung des deutschen Matrosen Heinrich Schulte in Tsimo: Das Verbrechen wurde erst entdeckt, als drei Mann mit einem Corporal die Runde machten, um den Wachtposten abzulösen. Der Matrose lag enthauptet am Boden. Die Abstrichsmannschaft wurde bald darauf von etwa 100 Eingeborenen angegriffen; obwohl sie sich tapfer vertheidigten, sollen alle drei getödtet sein, auf chinesischer Seite wurden 12 Personen getödtet. In Folge dieser Ausbreitung herrscht große Aufregung in Alaschkau.

Berlin, 28. Jan. Der Kaiser hatte heute Vormittag eine Besprechung mit dem Staatssecretär des Auswärtigen v. Bülow.

— Fürst Bismarck hatte gestern in Friedrichsruh außer der näheren Umgebung die in Friedrichsruh stationirten Post- und Eisenbahnbeamten bei sich zu Tische; der Fürst selbst brachte den Toast auf den Kaiser aus.

— Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht heute zwei Bekanntmachungen, wonach die deutsch-britische Uebereinkunft über den Schutz der Rechte an den Werken der literarischen Kunst vom 2. Juni 1886 sowie die preussisch-britischen Verträge über den Schutz der Autorenrechte vom 13. Mai 1846 und 14. Juni 1855, nachdem sie in Großbritannien die staatsrechtliche Wirksamkeit verloren haben, auch diesseits durch den am 16. December 1897 erklärten Rücktritt außer Kraft gesetzt worden sind.

— Den „Berl. Pol. Nachr.“ zufolge ist die Genehmigung des Kaisers zur Einbringung der Vorlage wegen Verdoppelung des Fonds der Centralgenossenschaftskasse nachgefragt worden. Es sei nicht ausgeschlossen, daß in dem Entwurf eine Bestimmung vorgeschlagen wird, wodurch der Finanzminister ermächtigt würde, in besonderen Bedarfsfällen die der Centralgenossenschaftskasse zur Verfügung gestellten Mittel selbständig zu erweitern.

Die chinesische Anleihe.

Peking, 28. Jan. In der Befürchtung einer Befestigung des britischen Einflusses für den Fall einer Annahme der britischen Vorschläge durch China, bietet Rußland jetzt China eine Anleihe zu gleichen Bedingungen wie der britische Gelande an.

Danzig, 29. Januar.

* [Prinzen-Geburtsstag.] Heute feiert der vierte Sohn des Kaisers, Prinz August Wilhelm, seinen Geburtsstag. Der Prinz ist am 29. Januar 1887 im Stadtschloß zu Potsdam geboren; er ist Lieutenant im 1. Garde-Regiment zu Fuß und steht à la suite des 2. Garde-Grenadier-Landwehr-Regiments. Die königlichen Gebäude haben geflaggt.

* [Die Ernennung des Herrn Oberst Wachenheim zum persönlichen Flügeladjutanten.] Wie uns unser Berliner □-Correspondent telegraphirt, schreiben die „Berl. Neuesten Nachr.“ über die Ernennung des Herrn Oberst Wachenheim zum diensttuenden Flügeladjutanten des Kaisers Folgendes:

„Diese Ernennung ist insofern besonders bemerkenswert, als Herr Wachenheim der erste diensttuende Flügeladjutant mit bürgerlichem Namen ist, welcher dem militärischen Hauptquartier des Kaisers zugeordnet wurde. So viel uns bekannt, hatte sich Hr. Wachenheim nicht von vornherein dem Militärbefehle gewidmet, sondern er hatte sein einjährig-freiwilliges Dienstjahr bei der Cavallerie abgeleistet. Als Reserveoffizier machte er dann den Feldzug von 1870/71 beim 2. Leibhufaren-Regiment Kaiserin Nr. 2 mit und zeigte hierbei eine ganz hervorragende militärische Begabung, welche ihn zu dem Entschluß brachte, nach dem Feldzuge zum activen Militärdienst überzutreten. Auch im Generalstabe, dem er später überwiesen wurde, leistete er hervorragendes, wie er auch auf literarischem Gebiete durch seine Geschichte des 2. Leibhufaren-Regiments bekannt geworden ist.“

* [Falsches Courant- und Papiergeld.] In neuester Zeit sind ebenfalls falsche 20-, 10-, 5-, 2- und 1-Markstücke, wie falsche 50- und 20-Pfennigstücke, als auch Nachbildungen von Reichsbanknoten zu 100 Mk. und von Reichsbanknoten zu 50, 20 und 5 Mk. wiederholt zum Vorschein gekommen. Beim gemünzten Gelde werden die Fälschungen in der Regel daran leicht erkannt, daß sie schlecht gerändert sind, sich fettig anfühlen und einen matten oder hohlen Klang haben, oder ganz klavieren sind. Die Hauptmerkmale der nachgemachten Reichsbanknoten und Hundertmarknoten liegen in den Abweichungen bei der Farbe, beim Papier und beim Druck. Abgesehen davon, daß der Ton der blauen, braunen, grünen und rothen Farben auf den echten Scheinen von den Fälschern selten ganz getroffen wird, sind auch die Farben, besonders die rothen, häufig Wasserfarben und daher leicht verwischbar. Im Papier fehlen die Wasserzeichen; die Fälscher sind nicht in den Papierstoff eingebettet, sondern ausgeklebt oder zwischen die aufeinandergeklebten Vorder- und Rückseiten gestreut. Im Ausdruck weichen die Fälschungen vielfach von denjenigen auf den echten Scheinen ab; besonders auffällig wirkt die Straßendruck, die auf den falschen Scheinen durchweg schlecht und undeutlich ist. Auch achte man auf die Riffelung der Scheine, die bei den Nachbildungen durch meist ungleichmäßig verlaufende, mit einer Zieheder oder einer Nadel erzeugte Striche nachgeahmt wird.

B. Herrmann, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine- und den übrigen redactionellen Inhalt, sowie den Kaiseraththeil allein, beide in Danzig

